

Tagesstrukturen – die Haltung der IVS Wirtschaftskammer der Region Schaffhausen

Ausgangslage: Viele Frauen haben heute gute Ausbildung. Teilzeitarbeit ist heute in der Wirtschaft gut möglich und akzeptiert. In vielen Ländern ist ein «demographisches Wettlaufen» zwischen «einheimischer Bevölkerung» bzw. in Europa zwischen «europäischer Bevölkerung» und anderen Gruppen zu beobachten, vor allem aber eine Überalterung der Gesellschaft. Zudem wird in der Schweiz der Fachkräftemangel stärker als in anderen Ländern durch Einwanderung gelöst.

Somit ist es für Gesellschaft und Wirtschaft wichtig, dass eine Kombination von «Kinder haben» und Berufstätigkeit mehr oder weniger «gut machbar» ist. Ohne Einbettung in Familie (Grosseltern) oder nicht einfach zu realisierende «private Lösungen» ist dies heute in der Region Schaffhausen noch nicht in genügendem Mass möglich. Die neuen Lösungen sollen für die Aufnahme einer Arbeit bspw. durch Mütter auch in finanzieller Hinsicht interessant sein, zudem sollen sie Kinder unabhängig von ihrer «Herkunft» zusammenführen und keine «Ghetto-Bildung» begünstigen.

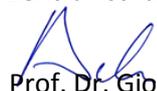
Der Gegenvorschlag sieht vor, dass der Kanton ¼ der Kosten, Gemeinde und Eltern ¾ der Kosten übernehmen. Für die Gemeinden ist der Aufbau eines solchen Angebots freiwillig, für die Eltern das Nutzen der Einrichtung ebenfalls. Einzig die Frage der Bemessung der Gebühren lässt der Gegenvorschlag offen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss vereinfacht werden, um kurzfristig Fachkräftemangel zu bekämpfen und langfristig Demografie Problemen entgegenzuwirken

Daher wollen wir:

- Keinen Staatshort, der die nach wie auch noch existierenden Familienstrukturen zerstört
- Keinen «Free lunch», also keine für breite Schichten kostenlose Lösung, um die Kinder – auch ohne Erwerbstätigkeit der Eltern – «abzugeben»
- Keine Lösung mit prohibitiv hohen Gebühren für «besserverdienende Eltern», also bspw. für ein Lehrerehepaar oder ein Paar mit Anstellung beim Staat als Fachpersonen etc. Denn zur höheren Gebühr kommt über die Steuerprogression eine massive höhere Steuerbelastung hinzu, wenn beide Elternteile arbeiten
- Kein später nicht mehr zu stopfendes schwarzes Loch, mit einer Rundumversorgung zulasten des Staates, das nicht finanzierbar ist
- Vielmehr wollen wir:
 - Eine für die Gemeinden freiwillige Lösung (Gegenvorschlag)
 - Eine für die Eltern freiwillige Lösung (Gegenvorschlag)
 - Eine Lösung, die für alle Eltern die gleichen Gebühren vorsieht (Flat rate – mit Gegenvorschlag möglich)
 - Eine Lösung, bei der Gemeinde und Eltern den grösseren Teil der Kosten decken (Gegenvorschlag)

Fazit: 7 to 7 ist nicht finanzierbar, führt zu einem «Staatshort». Zudem lehnt sich der Vorschlag an die Lösung in der Stadt Schaffhausen an, die Gebühren pro Tag zwischen 16 CHF und 120 CHF vorsieht. Abgesehen davon, dass die Sozialbehörden «Bedürftigkeit» feststellen sollten und zwar in einer Gesamtsicht, nicht dagegen jedes einzelne Amt (das dann meistens noch wegen der Vertraulichkeit persönlicher Daten keinen Gesamtüberblick erhält, was den Missbrauch enorm begünstigt), ist die Lösung der Stadt für Leute mit einem leicht über dem Durchschnitt liegenden kombinierten Einkommen prohibitiv. Sie werden andere Lösungen suchen und die Durchmischung wird so unmöglich.

Daher ist **die IVS gegen 7 to 7**, weil diese **nicht machbar, nicht finanzierbar und kontraproduktiv** ist. Der **Gegenvorschlag ermöglicht die Realisierung der angestrebten Ziele**. Einzig die **Flate Rate**, die zentral ist für eine gute Lösung, **muss noch erkämpft werden**. Da müssen die Parteien helfen.



Prof. Dr. Giorgio Behr
Präsident IVS